

## Anfragen zum Plenum in der 12. Kalenderwoche

### Verzeichnis der Fragenden mit Fragen (alphabetisch)

**Renate Ackermann**  
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, ob es zutrifft, dass Asylbewerberinnen in Bayern keinen Zugang zu Frauenhäusern haben, weil diese die Aufnahme der Frauen verweigern, da die Kostenfrage ungeklärt ist, wie ist die Kostenfrage für Asylbewerberinnen und wird, falls diese für Asylbewerberinnen unklar ist, den betroffenen Frauen schnell eine Aufnahme in einem Frauenhaus ermöglicht?

**Hubert Aiwanger**  
(FREIE WÄHLER)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Schüler werden nach aktuellen Erkenntnissen der Staatsregierung das Flexibilisierungsjahr an Gymnasien nutzen, welches ab nächstem Schuljahr aufgrund des Korrekturbedarfs nach Einführung des G8 angeboten wird und sie auch der Meinung, dass ein Wahlangebot zwischen achtjähriger und neunjähriger Gymnasialzeit, bei dem sich Eltern und Schüler von vornherein für die gewünschte Ausbildungsdauer entscheiden, zu einer Entlastung der Schüler und besseren Akzeptanz des Gymnasiums bei der Elternschaft in der Öffentlichkeit beitragen würde und greift die Staatsregierung auf Erfahrungen aus den Bundesländern Baden-Württemberg und Hessen zurück, die wahlweise auch das G9 anbieten?

**Margarete Bause**  
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, inwieweit ist die Aussage des Staatsministeriums für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie (StMWIVT) „Die Münchner Verkehrsgesellschaft hat am 27. November 2012 mit der DB Regio (Betreiber S-Bahn München sowie Regionalverkehr), der Bayerischen Oberlandbahn (Betreiber BOB) sowie der Länderbahn (Betreiber ALEX) einen neuen Einnahme-Aufteilungsvertrag für die Verteilung der Mittel zwischen dem Stadtverkehr und dem SPNV abgeschlossen.“, im abschließenden Bericht des StMWIVT vom 8. Januar 2013 hinsichtlich des Beschlusses des Landtags vom 24. April 2008 über den Antrag der CSU-Abgeordneten Dr. Jakob Kreidl, Franz Josef Pschierer, Eberhard Rotter u.a. „Für eine gerechte Einnahmeteilung zwischen Bayerischer Oberlandbahn (BOB) und S-Bahn München GmbH“ (Drs. 15/9490, 15/10454) zutreffend, nachdem der Einnahme-Aufteilungsvertrag (EAV) von den Aufgabenträgern abgeschlossen wird und wann rechnet die Staatsregierung mit dem Abschluss eines EAV als Nachfolgeregelung für den

EAV vom 30. April 1996, und welche Regelungen hinsichtlich der nichtbundeseigenen Eisenbahnen (NE-Bahnen) werden voraussichtlich im EAV enthalten sein?

**Gudrun Brendel-Fischer**  
(CSU)

Ich frage die Staatsregierung, inwieweit werden angehende Lehrkräfte im Rahmen ihres Referendariats mit dem Thema Ganztagesbeschulung und deren unterrichtlicher Ausgestaltung im Seminar konfrontiert (Grund- und Mittelschule)?

**Sabine Dittmar**  
(SPD)

Nachdem anlässlich der gemeinsamen Kabinettsitzung von Hessischer Landesregierung und Bayerischer Staatsregierung mitgeteilt wurde, dass die Klage gegen den Länderfinanzausgleich bis Ende Februar 2013 eingereicht wird, frage ich die Staatsregierung, was sind die Gründe dafür, dass die Klage bislang noch nicht eingereicht werden konnte, obgleich die Klage bereits im vergangenen Juli im Bayerischen Kabinett beschlossen wurde und wann wird die Staatsregierung die Klage beim Bundesverfassungsgericht einreichen?

**Günther Felbinger**  
(FREIE WÄHLER)

Ich frage die Staatsregierung, wie steht sie zu der seitens Vertretern des Staatsministerium für Unterricht und Kultus auf Ebene der Bezirksregierungsvertreter (Schulaufsicht) getätigten Aussage, dass nach den Landtagswahlen 2013 auch kleine Grundschulstandorte mit 26 Schülern zur Disposition stehen und wie verträgt sich dies mit der (verbindlichen) Zusage des Staatsministers für Unterricht und Kultus, Dr. Ludwig Spaenle, an Grundschulstandorten bis 26 Schüler auch dauerhaft festzuhalten und konkret gefragt, wie viele Grundschulstandorte in Bayern (aufgeteilt auf die einzelnen Bezirke) sind nach Ansicht der Staatsregierung von einer Schließung nach den Landtagswahlen betroffen?

**Prof. Dr. Peter Paul Gantzer**  
(SPD)

Nachdem sich Menschen heute wohnortnah fast ausschließlich nur noch bei Discountern mit Lebensmitteln und Gegenständen des täglichen Bedarfs eindecken können, weil Lebensmitteleinzelhandelsgeschäfte fast gänzlich aus den Ortschaften, vor allem auf dem Land, verschwunden sind und im Hinblick auf den Umstand, dass bei einem Ladendiebstahl der Discounterinhaber gegen den Ladendieb regelmäßig auch ein Hausverbot für all seine Filialen in Deutschland ausspricht, frage ich die Staatsregierung, teilt sie die Besorgnis, dass es im Hinblick auf ein solches flächendeckendes Hausverbot für den ertappten Ladendieb nahezu unmöglich ist, sich dann noch wohnortnah mit Lebensmitteln und Gegenständen des täglichen Bedarf einzudecken, ist daher ein solches Hausverbot mit diesen weitreichenden und für den Betroffenen sehr negativen Folgewirkungen (insbesondere wenn der Discounter die einzige Möglichkeit der Versorgung der Menschen in einer Ortschaft darstellt) überhaupt verhältnismäßig und zulässig oder müsste eine gesetzliche Regelung geschaffen werden, die ein versorgungsausschließendes Hausverbot verbietet?

**Thomas Gehring**  
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Klassen werden im Schuljahr 2012/2013 in den Grundschulen im Landkreis Miltenberg von angestellten Lehrkräften bzw. von verbeamteten Lehrkräften geführt, wie oft musste mit Beginn des Schuljahres 2012/2013

vom Grundsatz einer kontinuierlichen Klassenführung in den Jahrgangsstufen 1/2 bzw. 3/4 bzw. einer jahrgangsgemischten Klasse abgewichen werden und wie viele der ganz neuen bzw. nach Elternzeit oder Sabbatjahr zurückkehrenden Lehrkräfte im Landkreis Miltenberg besitzen eine Planstelle oder sind befristet angestellt (bitte getrennt aufgeführt)?

**Eva Gottstein**  
(FREIE WÄHLER)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Bahnkunden frequentieren täglich den Bahnhof Eichstätt Bahnhof, wann wird der Bahnhof barrierefrei ausgebaut und wie kann ein Kunde mit Gehbehinderung diesen Bahnhof derzeit trotzdem benutzen?

**Martin Güll**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, ob es zutrifft, dass bei den kommenden Abiturprüfungen an den bayerischen Gymnasien ein Teil des Mathematikabiturs ohne Taschenrechner bewältigt werden muss und wenn ja, warum?

**Volkmar Halbleib**  
(SPD)

Nach der symbolischen Schredderaktion des Staatsministers der Finanzen, Dr. Markus Söder, frage ich die Staatsregierung, welche 650 Verwaltungsvorschriften der bayerischen Steuerverwaltung waren hiervon umfasst, welche Verwaltungsvorschriften hiervon wurden noch angewendet und welche hiervon wurden während der Amtszeit des Staatsministers der Finanzen, Dr. Markus Söder, durch seine Entscheidung außer Kraft gesetzt?

**Eike Hallitzky**  
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, warum bestellt die Bayerische Eisenbahngesellschaft mbH (BEG) keine Wochenend- bzw. Saisonverkehre beispielsweise auf der Ilztalbahn, der Mainschleifenbahn oder anderen interessanten Strecken wie das Aufgabenträger des Schienenpersonennahverkehrs (SPNV) in Baden-Württemberg oder Rheinland-Pfalz seit Jahren erfolgreich vorexerzieren, welchen finanziellen Beitrag könnte der Freistaat zur Erhaltung von privat betriebener Eisenbahninfrastruktur leisten, und warum leistet im Gegensatz zum Bund der Freistaat keinen Beitrag zu Investitionen in die Infrastruktur nichtbundeseigener Eisenbahnen?

**Ludwig Hartmann**  
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, wie knapp sind die Regionalisierungsmittel, die der Freistaat u.a. zur Bestellung von Zügen des Nahverkehrs verwendet, nachdem das Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie (StMWIVT) in der Pressemitteilung-Nr. 119/13 vom 5. März 2013 meldete: „Trotz knapper Finanzmittel ist es uns gelungen, die Verbindung um 22:20 Uhr von München ins Allgäu einzurichten.“ wie erklärt sich die angebliche Knappheit der Mittel vor dem Hintergrund, dass die Zentralrechnung 2011 einen verbliebenen Rest von 373.724.195,83 Euro bei den Regionalisierungsmitteln, die der Bund dem Freistaat zur Verfügung stellt, ausweist, und warum bunkert das StMWIVT inzwischen mehr als 400 Mio. Euro nicht verausgabte Regionalisierungsmittel, anstatt diese in den Schienenpersonennahverkehr (SPNV) oder in den Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) (z.B. 10-Minutentakt bei der S-Bahn München freitags, Stadt-Umland-Bahn usw.) zu investieren?

**Erwin Huber**  
(CSU)

Ich frage die Staatsregierung, wie entwickelt sich die Zahl der Wildunfälle in Niederbayern in den letzten Jahren, haben die blauen Reflektoren eine positive Wirkung und was wird sonst unternommen, Wildunfälle zu reduzieren?

**Christine Kamm**  
(GRU)

Nachdem die Fertigstellung des Hochwasserschutzes für Pfersee im Rahmen des Projektes Wertach Vital sich nun schon mehrere Jahre, teilweise weil die Stadt ihre Hausaufgaben nicht gemacht hat, teilweise weil das Land seine Haushaltsmittel nicht zur Verfügung gestellt hat, verzögert hat, frage ich die Staatsregierung, bis wann die Teilabschnitte nördlich der Bundesstraße (B) 17 und die Teilabschnitte südlich der B 17 nach den neuen Zeitplänen nun fertig gestellt werden können, welche Hausaufgaben der Stadt hierfür noch ausstehen und welche Landeshaushaltsmittel für dieses Projekt bereitgestellt sind (bitte unter Angabe der jeweiligen Zeiträume)?

**Alexander Muthmann**  
(FREIE WÄHLER)

Vor dem Hintergrund der Statistiken zu „Umsatz und Beschäftigte des Einzelhandels in Bayern“ frage ich die Staatsregierung, wie sich der Anteil des Versandhandels im Vergleich zum Einzelhandel insgesamt in den letzten zehn Jahren (Umsatz und Mitarbeiterzahlen) in Bayern entwickelt hat, wie sie die Entwicklung beurteilt, dass laut der entsprechenden Statistik für den Januar 2013 der Versandhandel offensichtlich in nicht unerheblichem Maße Vollzeitstellen zulasten von Teilzeitstellen abbaut und inwiefern die Staatsregierung negative Auswirkungen auf den bayerischen Einzelhandel in Verkaufsräumen befürchtet, wenn sich die Umsatzgewinne des Versandhandels weiterhin derart dynamisch entwickeln?

**Thomas Mütze**  
(GRU)

Nachdem es nach meinen Informationen auf der Staatsstraße 2225 am Ortseingang und dem Ortsausgang von Sperberslohe/-Wendelstein häufig zu zum Teil außerordentlich hohen Geschwindigkeitsübertretungen kommt, die ein sicheres Überqueren der Fahrbahn sehr erschweren, frage ich die Staatsregierung, in welcher Form sie an dieser Stelle Handlungsbedarf sieht, wie sie die Verkehrssituation einschätzt und welche Unfälle in den letzten fünf Jahren dort statt gefunden haben?

**Maria Noichl**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, kann sie eine Gefährdung der bayerischen Bevölkerung und eine deutliche Absenkung der Behandlungsqualität im Bereitschaftsdienst sicher ausschließen, wenn die Kassenärztliche Vereinigung Bayerns (KVB) – mit Zustimmung der Rechtsaufsicht des Staatsministeriums für Umwelt und Gesundheit – Ärztliche Psychotherapeuten, die teilweise seit mehr als zwei Jahrzehnten vom Bereitschaftsdienst befreit waren und bis zum 23. November 2012 auch fachlich und von der räumlichen und apparativen Ausstattung her als nicht für den ärztlichen Bereitschaftsdienst geeignet angesehen wurden, jetzt aufgrund der veränderten Bereitschaftsdienstordnung, die am 24. November 2012 von der Vertreterversammlung der KVB beschlossen wurde, nach einem Wiederauffrischkurs von lediglich insgesamt 18 Stunden in die teils nie praktizierte somatische Medizin ge-

zwungen werden, von der sie durch ihre Kassenzulassung immer ausgeschlossen waren?

**Reinhold Perlak**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, welche Straßenbaumaßnahmen werden von ihr bei der Aufstellung für den nächsten Bundesverkehrswegeplan 2015 neu angemeldet, welche werden wieder herausgenommen (mit Angabe der Gründe) und welche werden weiterhin dort verbleiben?

**Prof. Dr. Michael Piazzolo**  
(FREIE WÄHLER)

Vor dem Hintergrund der im Anhörungsverfahren zur Gesamtfortschreibung des Landesentwicklungsprogramms Bayern (LEP) geäußerten Bedenken, z.B. durch die Gemeinde Weßling, frage ich die Staatsregierung, ob durch die Formulierung des Ziels 4.5.4 im Entwurf des Landesentwicklungsprogramms (LEP-E), nämlich dass der Sonderflughafen Oberpfaffenhofen in seinem Status und Bestand als „reiner Werks- und Forschungsflughafen“ zu sichern ist, eine juristisch einwandfreie Unterscheidung zwischen Werksverkehr und Werksluftverkehr vorgenommen wird, inwiefern die Formulierung des LEP-E den Flugverkehr von Werken, die nicht am Sonderflughafen ansässig sind, jedoch über eigene Firmenflugzeuge verfügen, die am Sonderflughafen starten und landen, als zulässig oder unzulässig definiert und ob die Staatsregierung selbst Werksluftverkehre – sofern und soweit diese nicht dem Geschäftsreiseflugverkehr zuzurechnen sind – am Sonderflughafen Oberpfaffenhofen künftig zulassen möchte?

**Markus Rinderspacher**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, warum sieht der viergleisige Ausbau der 13,5 Kilometer langen Bahnstrecke durch den Landkreis Forchheim keinen Bahnhof in Forchheim-Nord vor, was hat sich seit dem Planfeststellungsverfahren 1996, das den Bedarf für den Haltepunkt vorgesehen hatte, verändert und wird die Staatsregierung die Haltestelle bestellen?

**Florian Ritter**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, ist sie im Rahmen ihrer Prüfung der Islamhasser-Szene (z.B. PI-News, Partei „Die Freiheit“) zu dem Schluss gekommen, diese Gruppierungen und Zusammenschlüsse entsprechend ihres Bedrohungspotentials für die freiheitlich-demokratische Grundordnung als verfassungsfeindlich einzustufen und wenn nein, warum nicht?

**Dr. Martin Runge**  
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, aus welchen Gründen hat die Staatsanwaltschaft Deggendorf die beiden Strafanzeigen von Herrn G. wegen des Straftatbestands der vorsätzlichen Körperverletzung mit Verweis auf § 170 Abs. 2 der Strafprozessordnung (StPO) eingestellt, obwohl vier ärztliche Gutachten vorlagen, die eindeutig die Position des Anzeigenerstatters stützten?

**Franz Schindler**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, hat sie Erkenntnisse darüber, dass Banken und Sparkassen in Bayern auch noch nach den Entscheidungen des Bundesgerichtshofs (BGH), wonach Klauseln über ein zusätzliches Entgelt für die Führung von Pfändungsschutzkonten unzulässig sind, für Pfändungsschutzkonten weiterhin höhere Gebühren als für normale Girokonten verlangen und zudem das übliche Leistungsangebot von Girokonten einschränken und falls

- ja, was unternimmt die Staatsregierung, um Banken und Sparkassen zu bewegen, die einschlägige Rechtssprechung zu beachten ?
- Theresa Schopper**  
(GRU)
- Ich frage die Staatsregierung, welches Linien- und Fahrplankonzept für den Schienenpersonennahverkehr (SPNV) auf den Strecken im Allgäu rund um Memmingen ist für die Zeit nach der Elektrifizierung zwischen Geltendorf und Lindau vorgesehen, inwieweit bleibt Memmingen ein integraler Taktknoten, auf welchen Relationen verlängern sich voraussichtlich die Reisezeiten?
- Tanja Schweiger**  
(FREIE WÄHLER)
- Nachdem immer wieder Frauen, die in der Hauswirtschaft tätig sind, berichten, dass sie gerne als „selbstständig tätige“ Unternehmerinnen ihren Kunden Dienstleistungen rund um den Haushalt anbieten möchten, aber es Schwierigkeiten bei der Anerkennung als selbstständige Tätigkeit gibt, frage ich die Staatsregierung, welche Möglichkeiten sie für Hauswirtschafterinnen sieht, den Status „selbstständig“ zu erreichen und inwieweit sie diese Berufsgruppe dahingehend unterstützt?
- Kathrin Sonnenholzner**  
(SPD)
- Nachdem ein Großteil der Verbraucherinnen und Verbraucher Eier aus tiergerechter Hühnerhaltung bevorzugt, frage ich die Staatsregierung, sind ungestempelte bzw. nicht den Normen entsprechende Eier zur Weiterverarbeitung bzw. zum anschließenden Färben nach Bayern eingeführt worden und wenn ja, wie viele Eier, sowie sind Eier nach Bayern eingeführt worden, die zwar gestempelt waren, aber aus Betrieben stammen, die die EU-Verordnung ((EG) Nr. 589/2008 und (EG) Nr. 1234/2007) nicht erfüllen?
- Adi Sprinkart**  
(GRU)
- Ich frage die Staatsregierung, wie viele Tierschutzverstöße und wie viele Verwerfungsfälle gab es in den letzten drei Jahren jeweils an den Rinderschlachthöfen in Bayern?
- Claudia Stamm**  
(GRU)
- Nachdem es in diesem Jahr neben dem traditionellen Maibockanstich im Münchner Hofbräuhaus zum ersten Mal auch einen Frankenbock in Nürnberg geben soll, frage ich die Staatsregierung, wie viel diese Veranstaltung den Staat und staatliche Unternehmen kosten wird, welche weiteren teilweise oder ganz aus dem Staatshaushalt oder von staatlichen Unternehmen finanzierten Veranstaltungen mit dem Staatsminister der Finanzen, Dr. Markus Söder, bis zur Landtagswahl in Nürnberg vorgesehen sind und in welcher Höhe hierfür Steuergelder ausgegeben werden sollen?
- Florian Streibl**  
(FREIE WÄHLER)
- Ich frage die Staatsregierung, liegen ihr Erkenntnisse vor, welche einzelnen Grund- und Mittelschulen in Bayern aufgrund der im Haushaltsgesetz 2013/2014 festgelegten zusätzlichen 130 Kapazitäten für Verwaltungsangestellte zusätzliche Stunden oder Mitarbeiter für die Verwaltung erhalten werden (aufgeschlüsselt nach den einzelnen Schulen und dem jeweiligen Stundenmaß)?
- Susanna Tausendfreund**  
(GRU)
- Ich frage die Staatsregierung, wie viele Datensätze über wie viele Bürgerinnen und Bürger im Jahr 2012 im Kriminalaktennachweis (KAN) der Bayerischen Polizei gespeichert waren und ob Eintragungen von Daten zu diesen Personen im „Integrationsverfahren der Bayerischen Polizei“ (IGVP) Einfluss auf die Aufbewahrungsfristen im KAN nehmen?

**Simone Tolle**  
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, ist das Linienbestimmungsverfahren für die Westumgehung Würzburg/Bundesstraße 26n schon beantragt, wenn ja, wann ist mit einem Ergebnis zu rechnen, wenn nein, wann ist die Einreichung vorgesehen?

**Hans Joachim Werner**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, liegen ihr Zahlen vor, wie sich die Verkehrsströme im Bereich der Nordumgehung Gaimersheim (nach Teilfertigstellung bis zum Kreisel zwischen Etting und Wettstetten) in der St.-Michael-Straße und der Kipfenberger Straße in Etting sowie auf der Staatsstraße 2035 in Wettstetten (bitte jeweils Zahlen vor und nach der Inbetriebnahme der Umgehung) entwickelt haben?

**Jutta Widmann**  
(FREIE WÄHLER)

Ich frage die Staatsregierung, ist der Erbbaurechtsvertrag zwischen der Stadt Landshut und der Erbgemeinschaft betreffend den Bernlochner-Komplex rechtsgültig und falls nicht, welche Konsequenzen hat dies und wer ist für diesen Fehler verantwortlich?